

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

Jetzt aber ran
an die Verams
für die
„Arbeiterstimme“

7. Jahrgang

Dresden, Montag den 30. März 1931

Nummer 52

Neue Etappe der Durchführung der faschistischen Diktatur

§ 48 gegen Freiheit des Volkes!

Die Verfassung außer Kraft gesetzt

Die neuen Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei setzen ein

Nachdem mit Hilfe der Sozialdemokratie der Reichstag auf ein halbes Jahr ausgeschaltet worden ist, hat die Brüning-Regierung in Gemeinschaft mit Hindenburg nunmehr eine Verordnung erlassen, die die wesentlichsten Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzt. Darunter fallen alle Artikel, welche die Freiheit der Person, uneingeschränkte Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Unantastbarkeit der Wohnung, Unverletzlichkeit des Postgeheimnisses, Freiheit der Meinungsäußerung und Schutz des Eigentums betreffen.

Die erste Verordnung konzentriert sich die Regierung als „Notverordnung“ mit dem leeren „demokratischen“ Hülle abgeben. Die zweite Verordnung ist die Diktaturverordnung ohne Heiligenblatt. Diese beiden sind die ersten Schritte, die die herrschende Klasse diesen Schritt aufzwingt. Der nächste ist die Proklamierung der alten Weimarer Verfassung...

Dieselbe Regierung, die die Sozialdemokratie bedingungslos aus dem Reichstag verbannt hat, ist ein „Kollaboratör“ gegen den Reichstag, legitimiert mit dieser Verordnung den faschistischen Parteitag der deutschen Sozialisten. Das SPD-Kongressplakat hat die SPD-Führer, weil es glaubt, damit keine Pflichten vor den Augen der Arbeiterklasse zu verletzen; die braunen Handen der Partei Führer mühen ihre Kräfte: Ein Signal für alle Arbeiter der Nation — das ist dieser Haas gegen die Freiheit des Volkes!

Dem Staat ist der erste Schritt bereits gefolgt. Am Sonntagabend brachten die Reichswehrpolizei das Karl-Liebknecht-Haus, „Lichtblick“ in die alte Dach, verhaftete mehrere Funktionäre... Triumpfhierend berichten heute die braunen Reichswehrführer: „In den nächsten Tagen wird es vorzugsweise zu weiteren Verhaftungen kommen.“ Einem phantastischen „Staat“ nach dem demokratischen Staat auch anzuwenden. Die politische Willen, die zur gleichen Zeit auch in verschiedenen anderen deutschen Städten durchgeführt worden ist, steht, wie wir später, im Zusammenhang mit der Aufhebung des Weimarer

Verfassung zur Beschaffung von Munition und Sprengstoff auf legalen Wegen.“ Die Sozialisten sind jedoch erkrankt über ihre sozialdemokratischen Parteiführer... Und diese beiden sind, ihre Dienstpflicht der herrschenden Klasse weiter zu erfüllen. Sechs Schaulustplätze des Proletariats mit Registrationen und Gebieten von Reich Weinstadt werden beibehalten oder zu beschlagnahmten verurteilt — weil die Klasse darin „beleidigt“ wird. Selbst wurde die Groß-Berliner Jugendweiche der proletarischen Jugend mit 3000 Schaulustplätzen und 20000 Teilnehmern von der Polizei aufgelöst, der Sportplatz war dazu von einem ungeheuren Polizeilagern umgeben worden. Die Fahrten zu den Jugendtagen sind bereits verboten. Der Plan geht aber noch viel weiter: Sämtliche Überwachungsmaßnahmen der Arbeiter, sämtliche Fahrten zu den Jugendtagen, sämtliche Kundgebungen zum Jugendtag und die Teilnahme an den Kundgebungen der Arbeiter sollen verboten werden. Eine Kammer von Verbots, Arreststrafen, Internierungen, Unterdrückung und Terror wird diese Verordnung über die Willen des werktätigen Volkes hereinbrechen lassen.

Die Entfaltung eines Hochmaßes von Diktatur zur Mobilisierung der Massen des werktätigen Volkes, die Sammlung der Arbeiter zur roten Einheitsfront, die Steigerung der Weisheit gegen Faschismus, Lohnraub und Massenverhaftung wird die Antwort auf jeden Angriff gegen die Grundrechte des Volkes sein!

Die Volksmassen sind das stärkere Heer!

Dresden, den 26. März

Wie wird der 19. Oktober 1928, an dem Bismarck das Sozialistengesetz gegen die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie Seibels und Stiebnachts erließ, vergessen werden. Wie wird auch der 29. März 1931, an dem die Brüning-Weimarer-Regierung und Hindenburg in Betrachung mit der heute konterrevolutionären Sozialdemokratie der Weis und Wedel die Artikel-48-Diktatur-Verordnung verhängte, vergessen werden! Das Sozialistengesetz wurde im damaligen Reichstag beschlossen. Der Artikel-48-Vertrag wurde zwei Tage, nachdem mit Hilfe der SPD-Führung der Reichstag nach Hause geschickt wurde, dekretiert! Die Brüning-Regierung konstituiert sich als Diktatur, über ganz Deutschland ist der Belagerungszustand verhängt, die

Ortsgruppe verläßt geschlossen die SPD

Berlin, 30. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Die „Welt am Montag“ veröffentlicht eine Erklärung der SPD-Ortsgruppe Heinersberg bei Hagen, die folgenden Wortlaut hat:

„Im Auftrag der Gesamtleitung der Ortsgruppe der SPD Heinersberg erklären wir geschlossen den Austritt aus der Partei. Grund: Stellungnahme der Reichstagsfraktion zum Hungerstreik.“

Heinersberg, den 25. März 1931.

Der Vorstand des Ortsvereins Heinersberg: Vorsitzender, Kassierer, Schriftführer.“ (Folgen Unterschriften.)

Reiter der Versammlungs, Briefe, Rede-Freiheit sind aufgehoben. Aus jedem Winkel der Bewegung springen Berdote, Berdote, Berdote, Ketter, Ketter, Ketter entgegen. Schon liegen die neuen Terrormaßnahmen ein: Überfall auf das Reichstagshaus, das Parteigebäude der KPD und der Roten Jugend, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, Auflösung einer von 3000 Arbeitern besetzten Jugendweiche in Berlin, Verbot der Fahrten des KPD zum Jugendtag. Was wir vor mehreren Tagen kühnen, tritt ganz offen und deutlich in Erscheinung: ein neuer Schritt, eine außerordentliche Verschärfung der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland!

Die Unternehmer, die Ausbeuter und Blaskauer nehmen sie zum Mittel der verächtlichen Fortführung ihrer Offense zum Raub an den Löhnen und Gehältern, nicht nur an diesen Industriegruppen, in denen die Löhne in den nächsten Wochen und Monaten abfallen — und das sind allein in Sachsen über eine halbe Million Arbeiter und Angestellte — sondern auch an allen anderen Arbeiterskategorien. Bei den Gartenbauarbeitern in Dresden wurde gleich heute früh ein Lohnabbau in Form einer „Verfürgung der Arbeitszeit“ auf 14 Stunden vorgenommen! Dazu soll ein neuer Abbau der Erwerbslöhne, Arzten und Wohlfahrtsunterstützung und der Invaliden- und Alterspensionsrenten durchgeführt werden. Ebenso geht es gegen die Arbeiter. Die kleinen Geschäftsmänner und Kleinbauern werden die Diktatur des Großkapitals noch härter zu spüren bekommen. Die Auswirkungen der Krise und des Hungersplans sollen den Volksmassen aufgebürdet werden. Die Kulturreaktion soll triumphieren und die hungernden Massen im Dunkel ihrer Mittelalter gehalten werden.

Die Verhängung der faschistischen Artikel-48-Verordnung ist nur möglich geworden durch die Sozialdemokratie. Sie ist es, die — wir stellen das fest — zur Verhängung des Belagerungszustandes über Deutschland anregte und in Hamburg mit gutem Beispiel voranging. Die SPD-Führer haben schon während der Reichstagsstimmung die Sache mit Brüning direkt abgelehnt. Sie wählten alles, sie ermunterten nach das Finanzkapital und die Brüning-Regierung, sie hätten der verächtlichen Durchführung der faschistischen Diktatur die Tür und — sie schloßen sie voll und ganz auch heute und weiterhin mit allen Mitteln. Der Kommissar erreicht sich zu schließen: „Die Notverordnung. Sie ist (!) Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung und der vollen Demokratie.“ Und endlich gefolgt das Zentralorgan der SPD.

„Das eine nationalsozialistische Regierung aus dieser Verhängung machen könnte, das kann man sich mit Schrecken vorstellen.“ (ZNA)

„Die Sozialdemokratische Partei hat aber nicht die Ehre, bei Staatsnotstand in den Kern zu fallen zu sein“

Freidenter-Veranstaltungen aufgelöst

Ordnungsmaß schließt Kirche und Papst

Berlin, 30. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Am gestrigen Sonntag fand im Sportplatz eine Jugendweiche für 3000 Schaulustige durch den Proletarischen Parteitag durchgeführt. Der Aulensaal des Sportplatzes war bis unter das Dach gefüllt. In Beginn der Kundgebung traten ein Polizeihauptmann mit einem Zivilbeamten und teilte mit, daß er gekommen sei, um die Versammlung zu überwachern und daß er die gesetzlichen Auflagen erfüllen werde. Er nahm am Tisch neben dem Militärkaplan Platz. Es war klar ersichtlich, daß die Auflösung der Kundgebung beschlossene Sache war. Genosse Ernst Scheller zeigte in markanten Worten den Unterdrückungsgeißelung der Freidenter-Regierung gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und die Freidenterbewegung auf. Dann folgten programmatisch Verhaftungen der KPD-Führer, „Hater Hammer“. Hier trat das ein, was geplant war. Bei einer Sprecherei, bei der dargestellt wurde, wie die Kirche von der schamlos-rotgoldenen Republik unterdrückt wurde und bei der ein faschistischer Geistlicher angekündigt wurde, er habe sich der Hauptmann und erkläre die Jugendweiche für geschlossen. In 10 Minuten sollten 20000 Teilnehmer den Aulensaal räumen. Dieses sollte selbstverständlich eine ungeheure Empörung aus. Genosse Scheller trat daraufhin sofort auf die Bühne und brachmarke die Methoden und die Absichten der Polizei. Die Ordnungsträger in Funktion an der Spitze der Polizei, um der Polizei die Möglichkeit zu nehmen, nach Schluß der Kundgebung gegen die Versammlung vorzugehen. Der wichtige Gehalt der „Internationale“ erwidert als Protest und Beschluß die Kundgebung. Vor dem Sportplatz waren riesige Polizeikräfte bereit. Die Kammerheit der vielen Überwachungen der Polizei war der beste Beweis, daß die Auflösung durch die Polizei von vornherein feststand.

Nach in Dresden wurde am Sonntagabend eine Freidenter-Versammlung im Sakhel-Haus mit durch die Polizei unter dem Kommando des Inspektors Einert aufgelöst, nachdem die „Blauen Blauen“ in ihrer Darstellung die Rolle der Kirche im kapitalistischen Staat behandelt hatten.

Volksempörung befreit Frau Dr. Kienle

Heute spricht Dr. Schminde zur Kulturschmach § 218 im „Regierheim“ Dresden

Die ehemalige Welle der Volksempörung über die Justizschmach des § 218 hat die Freilassung der tapferen Herrin Frau Dr. Kienle erzwungen. Am Sonntagabend wurde dem Rechtsanwalt Dr. Nofel und dem Genossen Dr. Friedrich Wolf die Befreiung des Halbeschlosses mitgeteilt. Eine große Menschenmenge hatte sich vor dem Statuipolizei-Gelände nach Bekanntgabe der Nachricht eingefunden, um die Verhaftung gegen den Nordparagrafen § 218 zu begrüßen. Beim Betreten der Straße brach Frau Dr. Kienle bewußtlos zusammen.

Heute abend spricht in Dresden der bekannte Rechtsanwalt bei Abgeordneten Dr. Richard Schminde 20 Uhr im Regierheim über den Kampf gegen § 218 und den Justizschmach Kienle-Wolf.